Ge-Jo

N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	UVE/026/2014
Datum	Dienstag, den 28.01.2014
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Dr. Barbara Greis	Ausschussvorsitzende	Bündnis 90/Die Grünen
Christopher Bursukis	Stadtverordneter	SPD
Peter Pausch	Stadtverordneter	SPD; i.V.f. Stv. Droß
Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter	SPD
Ingeborg Koster	Stadtverordnete	SPD
Christian Cloos	Stadtverordneter	CDU
Uwe Lang	Stadtverordneter	CDU
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter	CDU
Amber Luitjens-Taylor	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen; i.V.f. Stve. Öztürk
Erich Lautz	Stadtverordneter	FW
Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Norbert Kortlüke	Stadtrat
Bärbel Keiner	Stadträtin

von der Verwaltung

Tobias Wein	Rechtsamt
Manfred Schieche	Büro des Magistrats
Dr. Jutta Biermann	Amt für Umwelt und Naturschutz
Markus Heller	Tiefbauamt
Ulrich Erbe	Tiefbauamt

Andrea Simon	Kämmerei
Eva Struhalla	Planungs- und Hochbauamt
René Ritter	Planungs- und Hochbauamt
Norbert Kulig	Stadtbetriebsamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Gerner, als Schriftführer
Frau John

außerdem war anwesend

Frau Bill, Seniorenrat

AV Dr. G r e i s eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

1 Behindertengerechter Umbau von Bushaltestellen
- Sachstandsbericht -

2 Haushalt 2014

3 63. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wetzlar für den Bereich „Nördliches Dillfeld“, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1774/13 - I/394

4 Bebauungsplan Nr. 8 „Dillfeld“, 3. Änderung, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1771/13 - I/393

5 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar
Sachstand und öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 1803/14 - I/395
Mitteilungsvorlage

6 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 03.12.2013

7 Verschiedenes

Zu 1 Behindertengerechter Umbau von Bushaltestellen - Sachstandsbericht -

Herr S c h i e c h e berichtete, dass man sich 1999 erstmals mit dem behindertengerechten Umbau von Bushaltestellen in Wetzlar befasst habe. Ein erstes Ausbauprogramm, das 6 Haltestellen umfasste, sei am 18.03.1999 beschlossen worden. 2000/2001 seien noch etwa ein Dutzend weitere Umbauten erfolgt, danach in der Regel pro Jahr 3 - 5 Haltestellen. Ende 2005/Anfang 2006 sei das letzte dieser Programme abgeschlossen worden. Die ausgangs 2005 gegründete Nahverkehrsorganisation der Stadt Wetzlar habe eine Vorlage gefertigt, die eine Fortschreibung der Prioritätenliste zum behindertengerechten Umbau von Bushaltestellen in 2006 zum Inhalt hatte. Zu diesem Zeitpunkt habe es 36 Haltepunkte im Stadtgebiet Wetzlar gegeben, die barrierefrei mit dem Hochbord versehen waren. Die Prioritätenliste sei Anfang 2007 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden und habe ca. 35 Haltepunkte für einen bevorzugten Ausbau umfasst. In den Folgejahren seien keine weiteren Ausbauprogramme umgesetzt, jedoch im Zuge von Straßen- und Kanalbaumaßnahmen Haltestellen barrierefrei ausgebaut worden. Durch diese punktuellen Ergänzungen und die Umgestaltung am Busbahnhof Wetzlar habe man 56 Haltepunkte von insgesamt 240 Stellen im Stadtgebiet behindertengerecht erneuern können, was einer Ausbauquote von knapp 25 % entspreche.

Der Gesetzgeber habe im Dezember 2012 das Bundespersonenbeförderungsgesetz novelliert und vorgeschrieben, dass bis zum Jahr 2022 die Infrastruktur im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (Haltestellen und Fahrzeuge) barrierefrei ausgestaltet sein soll. Sollte die Verpflichtung bis zum vorgegebenen Zeitpunkt nicht vollständig erfüllt sein, müssen die Gründe im Nahverkehrsplan dargelegt werden. Der Entwurf des Nahverkehrsplanes, der derzeit den Ortsbeiräten vorliege, sage aus, dass die bisherigen Anstrengungen als nicht ausreichend angesehen werden. Der Nahverkehrsplan schlage daher ein jährliches Ausbauprogramm und die Aktualisierung der Prioritätenliste aus 2007 vor. Diese werde unter Mitwirkung des Behindertenbeirates modifiziert.

Stve. K o s t e r erkundigte sich nach dem Zeitpunkt des Ausbaus der Bushaltestelle „Am Mehlstück“/Garbenheim. Herr E r b e erläuterte, dass in einem ersten Schritt der Umbau von 9 Haltestellen im Stadtgebiet beschlossen worden sei. Ein zweites Maßnahmenpaket müsse nach Prioritäten aufgestellt und für eine Landesförderung angemeldet werden. Herr S c h i e c h e teilte auf die weitere Frage der Stve. K o s t e r mit, dass das Hochbord für die im Stadtgebiet eingesetzten 12 m Solobusse eine Mindestlänge von 8 m habe. Örtliche Gegebenheiten seien zu berücksichtigen.

Stv. L a n g bezog sich auf den Vorschlag eines Bürgers und bat um Information zur Erkennbarkeit der Fahrplanaushänge für Sehbehinderte. Herr S c h i e c h e führte aus, dass Wetzlarer Buswartehallen und Fahrplanaushänge in der Regel nicht beleuchtet seien, weil der Stromanschluss relativ aufwendig und teuer sei. Eine vorgenommene technische Veränderung der freistehenden Aushangvitrinen habe sich nicht bewährt, jedoch verfüge man über eine gute Fahrgastinformation. Die laminierten Fahrpläne seien vollständig vorhanden, aktuell und ordentlich lesbar. Darüber hinaus bestehe mit den modernen Medien, z. B. über Handy-App, eine deutlich bessere Informationsstruktur als früher.

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach, ob der Magistrat bei der Umsetzung des behindertengerechten Umbaus von Bushaltestellen die Prioritätenliste anwende oder nach dem „Zugriffsverfahren“ vorgehe. StR K o r t l ü k e bestätigte, dass nach der Liste vorgegangen werde, Zielmarke sei das Jahr 2022.

Zu 2 Haushalt 2014

Haushaltsplan 2014

Zum Haushaltsplan ergaben sich keine Fragen.

Änderungsliste

Die Änderungsliste wurde zur Kenntnis genommen.

Haushaltsanträge

Antrag 104 - Verwaltungsgebäude

Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte an, ob die Stadt hinsichtlich des Bezuges von Ökostrom aus Österreich vertraglich über einen bestimmten Zeitraum gebunden sei und wenn ja, wie lange. StR K o r t l ü k e sagte Beantwortung zu.

Abstimmung: 3.6.2

Antrag 106 - Offene Seniorenarbeit

Stv. B r e i d s p r e c h e r kritisierte, dass mit dem „Sonderbus“ im Jahr maximal 500 Menschen für 8.500 € gefahren werden. Er halte es in Anbetracht der Verschuldung der Stadt von über 125 Mio € für einen „glatten Wahnsinn“, diese Linie noch weiter jahrelang betreiben zu wollen.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag 110 - Gemeindestraßen

AV Dr. G r e i s teilte mit, dass der Antrag erledigt sei, weil diese Angelegenheit im Rahmen der verfügbaren Mittel mit einer eigenen Kolonne durchgeführt werde.

Antrag 111 - Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz

StR K o r t l ü k e informierte darüber, dass die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) im Dezember 2000 in Kraft getreten sei. In diesem Rahmen sei die Stadt aufgefordert, einen Bewirtschaftungsplan einschließlich Maßnahmenprogramm aufzulegen und bis 2015 umzusetzen. Von Seiten der EU gebe es derzeit noch Zusagen, Fördermittel zur Verfügung zu stellen. Eine Förderung nach 2015 sei unsicher. Man habe inzwischen einen Maßnahmenplan von 21 Projekten aufgestellt, von denen 14 über die EU-WRRL finanziert werden sollen. Um dies umsetzen zu können, benötige man befristet zusätzliche Personalkapazität. Weitere Maßnahmen auf der Basis eines seit 2009 bestehenden Gutachtens des Ing. Büros Zick - Hessler seien ebenfalls intensiv zu prüfen.

StR K o r t l ü k e führte auf die Frage des Stv. B r e i d s p r e c h e r nach zusätzlichen Personalressourcen aus, dass derzeit keine Beantragung auf den Weg gebracht sei und ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ausstehe. Über die EU-WRRL werde im Übrigen nur die Umsetzung der Maßnahme gefördert, es werden aber keine Personalmittel übernommen.

Abstimmung: 7.1.3

Antrag 112 - Beratung, Information und Förderung im Umwelt- und Naturschutz

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich in der Angelegenheit „Energie- und Klimaschutzmanager“ nach dem Sachstand in den Kommunen Aßlar und Leun. StR K o r t l ü k e teilte mit, dass Leun im Sommer 2013 beschlossen habe, sich nicht an einer Umsetzung zu beteiligen. In Aßlar liege derzeit noch kein Beschluss vor. Man habe für die Stelle des Klimaschutzmanagers eine Förderung von 85 % beantragt. Aktuell liege eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Solms vor.

Stv. B r e i d s p r e c h e r stellte die Frage, ob der Entwurf eines Arbeitspapiers existiere, in dem die Aufgaben des Energie- und Klimaschutzmanagers beschrieben seien. StR K o r t l ü k e verwies auf die Inhalte des bestehenden Energie- und Klimaschutzkonzeptes.

Stv. L a n g bedauerte, dass die Vorlage einschließlich der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung erst nach dem Abgabetermin der Haushaltsanträge angekommen sei. Seine Fraktion sei nicht in allen Punkten mit dem Inhalt einverstanden, wolle den Energie- und Klimaschutzmanager aufgrund der hohen Fördermöglichkeiten aber nicht „boykottieren“. Die CDU ziehe den Antrag Nr. 112 zurück.

Antrag 203 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Stv. L a n g verdeutlichte, dass es in Anbetracht der Haushaltslage nicht notwendig sei, alle Maßnahmen umzusetzen. Die CDU-Fraktion beantrage daher, die horrende Summe von 370.000 € um 200.000 € zu kürzen. StR K o r t l ü k e wies darauf hin, dass die Mittel unter „Sanierungsmaßnahmen Altstadt“ im Haushalt eingestellt und mit einer entsprechenden Planung zu unterlegen seien. Eine Rücküberweisung von Geld an das Land solle vermieden werden.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 204 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 4.6.0

Antrag 205 - Städtebauliche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen

AV Dr. G r e i s teilte mit, dass die Maßnahme über die Änderungsliste gestrichen worden sei. Der Antrag habe sich damit erledigt.

Antrag 206 - Gemeindestraßen

Stv. S c h n e i d e r a t begründete den Antrag. Die CDU unterstütze die Forderung der Anwohnerschaft und der Gewerbetreibenden, den Endausbau des Straßenkörpers „Hörnsheimer Eck“ schnellstmöglich vorzunehmen.

StR K o r t l ü k e erläuterte, dass durch die geplante innere Erschließung eines städtischen Grundstücks mehrere Flächen entstehen, die 2014 vermarktet werden können. Er gehe davon aus, dass in diesem Jahr Bautätigkeit entstehe. Ausreichend seien die eingestellten Mittel, um Vorarbeiten aufzunehmen und 2015 tätig zu werden. Priorität habe der mit der Telekom abzustimmende Breitbandausbau, zur Zeit jedoch nicht der Straßenbau. Stv. B r e i d s p r e c h e r vertrat die Auffassung, dass die Maßnahme „Hörnsheimer Eck“ hohe Priorität habe.

Abstimmung: 3.7.1

Antrag 207 - Gemeindestraßen

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach dem Sachstand “Ausbau Sportparkstraße”. StR K o r t l ü k e führte zu dieser Baustraße aus, dass das länger bestehende „Hörnsheimer Eck“ als Maßnahme Vorrang habe. Die Stadt stehe mit dem Investor in einem stetigen Austausch. Stv. C l o o s sah mit Blick auf die allgemeine Anfahrtsituation im Umfeld des Gewerbegebietes „Spilburg/Schanzenfeld“ Handlungsbedarf der Stadt.

Abstimmung: 4.7.0

Antrag 208 - Gemeindestraßen

Stv. L a n g begründete, dass die Investition von 4 Mio. € in energiesparende LED-Beleuchtung gut angelegtes Geld sei und langfristig eine wirtschaftliche Entscheidung bedeute. Er werbe für die CDU darum, dem Antrag zuzustimmen.

StR K o r t l ü k e gab zur Kenntnis, dass der Austausch der Straßenbeleuchtung bei Bedarf sukzessive vorgenommen werde, es seien 2013 mehrere Maßnahmen umgesetzt worden. Die Fördersystematik habe sich gegenüber des Vorjahres geändert, da anstelle des bisherigen Investitionszuschusses von 20 % ab 2014 nur noch die Möglichkeit eines zinsverbilligten Kredites über die KfW bestehe.

Herr E r b e informierte darüber, dass die vom Gesetzgeber festgelegten Förderquoten auf Einsparpotenziale ausgerichtet seien. In Wetzlar habe man trotz des ständig steigenden Beleuchtungsnetzes bereits Einspareffekte durch den sukzessiven Einsatz energiespareffizienter Lampen erzielt. Hierdurch könne bei einem großen Anteil der Beleuchtungskörper nicht das erforderliche Einsparpotenzial für eine Förderung nachgewiesen werden. Die Wetzlarer Situation sei nicht mit kleinen Gemeinden vergleichbar. Dort sei jahrzehntelang nichts an den Straßenlampen vorgenommen worden, daher können diese Kommunen bei einem Komplettaustausch die erforderlichen Einsparpotenziale nachweisen und hierfür Zuschüsse erhalten. In Wetzlar werde LED-Beleuchtung kontinuierlich eingesetzt, bei Notwendigkeit auch straßenweise ausgetauscht. Ein LED-Einsatz erfolge ebenso in neuen Baugebieten, so Herr E r b e.

Stv. W o l f wies auf die finanzielle Situation der Stadt hin. Er gehe davon aus, dass sich in den nächsten Jahren die Preissituation bei den Lampen stark verändern werde. Er empfehle, die Umstellungsmaßnahmen in der bisherigen Form einige Jahre weiterzuführen. StR K o r t l ü k e ergänzte, dass die Stadt für bestimmte Straßenzüge keine Fördermittel bekommen würde, da die technischen Mindestanforderungen dort bereits erfüllt seien. Im Übrigen könne er eine evtl. Kreditaufnahme in Höhe von 4 Mio. € nicht nachvollziehen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r hob hervor, dass die Stadt durch die Investition nachhaltig profitieren werde. Stv. C l o o s bat um Auskunft, ob die Höhe der eingesparten jährlichen Energiekosten durch LED-Umrüstung aktuell beziffert werden könne. Herr E r b e erklärte, dass hierzu pauschal keine Aussage getroffen werden könne, dies müsse gerechnet werden. Außerdem vertrete er die Auffassung, dass die LED-Technik in ihrer Entwicklung noch nicht abgeschlossen sei, was auch die zukünftigen Investitionskosten beeinflussen werde. Das Fachamt empfehle, weiterhin einen kontinuierlichen Wechsel vorzunehmen.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 209 - Gemeindestraßen

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 210 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen

Stv. W o l f sah dringenden Handlungsbedarf in der Neukölln-Anlage. Der Haushaltsansatz von 70.000 € für die Erneuerung der Teichanlage solle nicht gestrichen werden. Stv. B r e i d s p r e c h e r begründete, dass die CDU aufgrund der reiflichen Erfahrung auf diesem Gebiet absolut nicht dafür sei, dort noch mehr Geld „reinzustecken“. Der negative Effekt wäre nach kurzer Zeit wieder derselbe.

StR K o r t l ü k e bekräftigte, dass die Neukölln-Anlage in Dalheim nicht in dem derzeitigen Zustand bleiben könne. Jede Maßnahme, die man dort vornehme, werde Mittel erfordern. Der Haushaltsansatz 2014 von 70.000 € sei bereits in der Höhe gedeckelt, um im Rahmen einer Planung zu prüfen, welche Maßnahmen verwirklicht werden können. Er stehe diesbezüglich in Gesprächen mit dem Planungsbüro und den Wohnungsbaugesellschaften.

Abstimmung: 3.8.0

Antrag 211 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen

Stv. W o l f beurteilte den geplanten Ausbau von Wegen in der Colchester-Anlage mit einer bituminösen Decke kritisch. StR K o r t l ü k e stimmte dieser Auffassung zu und wies auf einen Ausbaubedarf in fast allen Anlagen hin. Er habe sich mit dem Fachamt darauf verständigt, mit einer Prioritätenliste eine Konzeption zu erstellen.

Abstimmung: 3.7.0

Antrag 212 - Friedhöfe

Stv. C l o o s gab bekannt, dass der Antrag zur Einzäunung des Friedhofs Münchholzhausen einstimmig im Ortsbeirat beschlossen worden sei. Hauptgrund seien die durch Rehwild verursachten Fraßschäden an den Grabstätten. Die Maßnahme solle verteilt auf die Jahre 2014 - 2016 umgesetzt werden. Er bitte, dem Antrag zuzustimmen.

StR K o r t l ü k e erklärte, dass eine Kompletteinzäunung das Problem zwar eindämmen, aber nicht lösen könne. Er wolle sich nicht grundsätzlich gegen den Antrag stellen und schlage die Einstellung einer VE über die Gesamtsumme der Maßnahme in den Haushalt vor. Stv. C l o o s äußerte Bedenken an der zeitnahen Umsetzung der Maßnahme, er bitte um Abstimmung über den Antrag.

Abstimmung: 2.8.1

Zu 3 63. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wetzlar für den Bereich „Nördliches Dillfeld“, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1774/13 - I/394

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

Zu 4 Bebauungsplan Nr. 8 „Dillfeld“, 3. Änderung, Stadtteil Hermannstein
- Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 1771/13 - I/393

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

Zu 5 Energie- und Klimaschutzprojekt für Aßlar, Leun, Solms und Wetzlar
Sachstand und öffentlich-rechtliche Vereinbarung
Vorlage: 1803/14 - I/395
Mitteilungsvorlage

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Zu 6 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 03.12.2013

Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

Anfragen

Stv. B r e i d s p r e c h e r thematisierte die Angelegenheit “Radarkontrollen am Alten Friedhof“ und bat um Auskunft, ob StR Kortlüke an der Prüfung „Störung der Totenruhe“ beteiligt sei. StR K o r t l ü k e verneinte dies und wies darauf hin, dass es sich um eine reine Ordnungsmaßnahme handele.

Niederschrift vom 03.12.2013

StR K o r t l ü k e bat um folgende Änderung auf Seite 7, letzter Absatz, 2. Satz:

„Voraussetzung für ein Contracting-Modell sei **keineswegs** der Einsatz eines Blockheizkraftwerkes, es gebe (**jedoch** gestrichen) bei Einbeziehung weiterer Gebäude keine Vorfestlegung auf die Technik.“

Die Niederschrift wurde ohne weitere Wortmeldungen genehmigt.

Zu 7 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV Dr. G r e i s schloss die 26. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende: Der Schriftführer:

Dr. G r e i s G e r n e r